



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Bezirksversammlung

<b>Antrag öffentlich</b>  GRÜNE-Fraktion SPD-Fraktion	<b>Drucksachen-Nr.: 21-1574</b>  Datum: 21.10.2015
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	03.11.2015

## Einrichtung eines Fonds für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit

### Sachverhalt:

In Hamburg und insbesondere im Bezirk Hamburg-Mitte ist die Aufnahme von Flüchtlingen in sog. Erstaufnahmen aber auch in Folgeunterkünften zu einer großen Herausforderung geworden. Die stetig wachsende Zahl an Flüchtlingen, die zu uns nach Hamburg kommen, verlangt von der Verwaltung, der Politik und von der Gesellschaft viel Engagement, damit eine Aufnahme von Flüchtlingen technisch, aber auch menschlich funktionieren kann. Schon heute wissen wir, dass wir uns als Hamburgerinnen und Hamburger an die Rolle gewöhnen müssen, dass eine große Anzahl an hilfesuchenden Flüchtlingen kurzzeitig, aber vielfach auch dauerhaft bei uns unterkommen wird.

Der Bezirk Hamburg-Mitte hat für die Bewältigung der großen Herausforderungen rund um die Flüchtlingsunterkünfte schon viel getan. Momentan schultern unsere Stadtteile Hamburg weit mit Abstand die meisten Unterkünfte. Und die Menschen vor Ort reagieren nicht mit Ablehnung, im Gegenteil! In Hamburg-Mitte hat sich eine Willkommenskultur entwickelt, die in anderen Bezirken seines gleichen sucht.

Dass diese Atmosphäre der Toleranz und Akzeptanz so bestehen bleibt, ist nicht selbstverständlich. Die ständige Erweiterung der Unterkünfte, insbesondere in den strukturschwachen Stadtteilen, ist problematisch und muss kritisch hinterfragt werden. Hierzu gibt es bereits Gespräche auf Landesebene. Aber es gilt auch, das gesellschaftliche Umfeld zu stärken und so auszustatten, dass Hilfe strukturiert und ein Engagement einzelner Ehrenamtlicher ermöglicht wird.

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe Mittel zur Verfügung gestellt, die teilweise auch direkt von den Bezirken vergeben werden können. Diese Mittel soll es im Jahr 2016 auch wieder geben. Darüber hinaus gibt es auch immer die Möglichkeit über Sondermittel Projekte für die Flüchtlingshilfe zu vergeben.

Um die Projektfinanzierung zu bündeln und eine demokratische Kontrolle sicherzustellen, soll ein Fonds geschaffen werden, der sowohl durch einen Teil der vom Land Hamburg zur Verfügung gestellten Mittel, als auch durch Sondermittel der Bezirksversammlung gespeist werden soll. Insgesamt soll der Fonds so 100.000,- Euro umfassen. Die Weiterführung und Befüllung des Fonds muss jedes Jahr geprüft und von der Bezirksversammlung beschlossen werden.

Aus dem Fonds sollen Projekte gefördert werden, die direkt mit Flüchtlingen und an deren Integration arbeiten, als auch indirekt die kurzfristige und langfristige Aufnahme von Flüchtlingen im Stadtteil und im

Bezirk unterstützen. Wichtig ist, dass abweichend von den Förderrichtlinien, die sich die Bezirksversammlung für ihre Sondermittel gegeben hat, auch Personalmittel für Koordinatoren und andere Projektstellen förderfähig sein sollen. So können z.B. Kulturzentren oder andere Vereine in die Lage versetzt werden, Projekte und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zu koordinieren.

Über die Vergabe der Mittel entscheidet der Hauptausschuss der Bezirksversammlung auf Antrag eines Projektes, der Verwaltung oder einer Fraktion.

**Petition/Beschluss:**

Vor diesem Hintergrund die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließen:

1. Es wird ein Förderfonds „Projekte zur bezirklichen Flüchtlingshilfe“ eingeführt. Darin sollen hauptsächlich konsumtive, aber auch im geringen Maße investive Mittel bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende PSP-Elemente zu erstellen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, 50.000,- Euro der vom Land Hamburg bereitgestellten Mittel in diesen Fonds zu geben.
3. Die Bezirksversammlung weist 50.000,- Euro aus dem PSP-Element 3-20501050-000002.02 aus Sondermitteln dem neuen Fonds zu.
4. Über die Vergabe der Mittel entscheidet der Hauptausschuss der Bezirksversammlung.
5. Die Verwaltung wird gebeten, ab 2016 quartalsweise über den aktuellen Stand des Fonds im Hauptausschuss zu berichten.